



TEURER GRÜNER ZWANG

NEIN ZUR INITIATIVE
GRÜNE WIRTSCHAFT
Abstimmung vom 25. September 2016

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

NEIN zur extremen Initiative

Die Initiative der Grünen Partei verpflichtet die Schweiz, ihren aktuellen Energie- und Rohstoffverbrauch bis ins Jahr 2050 um mindestens zwei Drittel zu senken. Diese Forderung ist zu radikal. Kein anderes Land kennt derart extreme Vorschriften. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen. Die Initiative torpediert den Werkplatz Schweiz und setzt Arbeitsplätze aufs Spiel.

NEIN zum grünen Zwang

Bürgerinnen und Bürger werden zur Änderung des gewohnten Lebensstils gezwungen. Jede Schweizerin und jeder Schweizer muss das Essverhalten ändern, die eigene Mobilität einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Konsumentinnen und Konsumenten werden durch radikale Zwangsmassnahmen und Steuern bevormundet. Die persönliche Wahlfreiheit wird durch die grüne Diktatur eingeschränkt.

NEIN zu noch höheren Preisen

Betroffen von neuen lenkungsorientierten Umweltabgaben sind: Fleisch, Milchprodukte und importierte Waren wie beispielsweise Kaffee und Zitrusfrüchte. Aber auch Benzin, Diesel und Heizöl. Ferien am Meer oder grosszügige Wohnungen werden für den Mittelstand – gerade für Familien – unbezahlbar. Die Hochpreisinsel Schweiz wird weiter zementiert und die Kaufkraft sinkt. Es entsteht eine neue, ungerechte Zweiklassengesellschaft.

WIR BRAUCHEN SIE!

Auch ein kleines Zeichen kann
Grosses bewirken. Machen Sie mit!
Tragen Sie sich ein:

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

Darum geht es

Die Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei will in der Verfassung eine rigorose Kreislaufwirtschaft festschreiben. Bis ins Jahr 2050 muss die Schweiz ihren Energie- und Rohstoffverbrauch um weit mehr als zwei Drittel reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.

Der Bundesrat beurteilt das gesetzte Initiativziel als «kaum erreichbar» und die Initiative als «nicht umsetzbar». Das ist auch die Kernaussage der Studie «RessourcenEFFizienz Schweiz REFF», die das Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Auftrag gegeben hat. Daraus geht hervor, dass der Ressourcenverbrauch bis 2050 bei grössten Anstrengungen um maximal 40 Prozent gesenkt werden kann. Die Autoren kommen zum Schluss, dass bei Annahme der Initiative eine grundlegende Verhaltensänderung aufseiten von Konsumentinnen und Konsumenten unausweichlich ist.

Steigende Preise und Zwangsmassnahmen

Die Konsequenzen sind weitreichend und erzwingen einen abrupten Strukturwandel. Laut Bundesrat sind für die Zielerreichung Massnahmen aufseiten der Privatpersonen und Unternehmen notwendig, die unseren Lebensstandard bedrohen und ganze Unternehmen und Branchen gefährden. Zur Debatte stehen namentlich: einschneidende Konsum- und Produktionsbeschränkungen (planwirtschaftliche Steuerung der Ressourcen) zahlreicher Güter, neue Vorschriften und hohe Umweltabgaben. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensbereiche «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität», weil alle drei Bereiche je für rund einen Drittel der Gesamtumweltbelastung der Schweiz verantwortlich sind. All diese Zwangsmassnahmen verteuern zahlreiche Produkte und Dienstleistungen immens. Konsumentinnen und Konsumenten müssen künftig höhere Preise für Lebensmittel, Reisen und Mieten bezahlen. Die Initiative ist ein Angriff auf unsere persönliche Freiheit und unser Portemonnaie.

Internationaler Alleingang

Kein anderes Land kennt derart extreme Gesetze. Ein Schweizer Alleingang mit nationalen Sonderregeln isoliert unser Land. Zudem sind viele dieser Vorschriften leicht zu umgehen und schaden doppelt (Einkaufstourismus). Hinzu kommt, dass die umweltpolitischen Herausforderungen global sind. Gefordert ist eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit nachhaltigen Lösungen und Raum für Innovation.

NEIN zu massiv höheren Preisen

Die Initiative will das Rad der Zeit zurückdrehen und die Mobilität generell einschränken – mit hohen Lenkungsabgaben und radikalen Zwangsmassnahmen. Besonders betroffen sind Auto- und Motorradfahrerinnen und -fahrer. Denn Benzin, Diesel und Strom werden massiv teurer. Zudem sind Reisen ab Schweizer Flughäfen für den Mittelstand künftig nicht mehr finanzierbar.

Neuer Alltag:
Preisschock an der
Tanksäule.



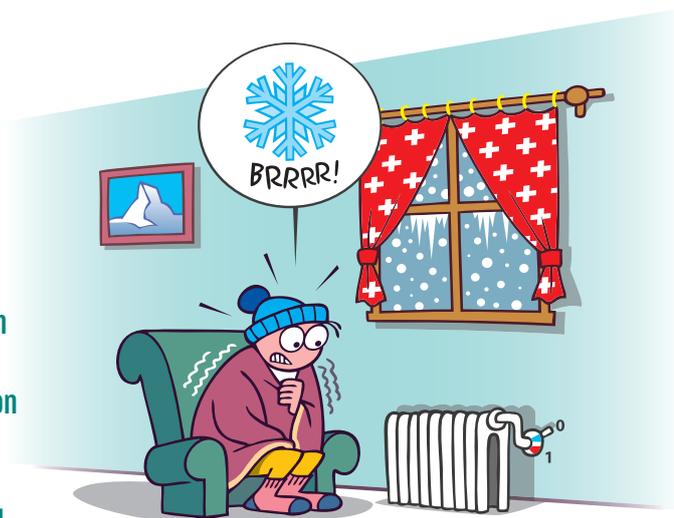
BABETTE SIGG FRANK
Präsidentin
Schweizerisches
Konsumentenforum

«Die Initiative ist ungerecht, weil sie das Budget von Familien besonders stark belastet.»

NEIN zum grünen Diktat im Alltag

Viele Errungenschaften erleichtern uns den Alltag. Wir profitieren von einem hohen Wohnkomfort. Aber Heizen, Kochen, Waschen, Körperhygiene und die Nutzung technischer Geräte (Unterhaltungselektronik, Küchengeräte, Rasenmäher usw.) brauchen viel Energie. Eine erzwungene Reduktion um mehr als zwei Drittel bleibt deshalb nicht ohne persönliche Folgen. Alltägliche Tätigkeiten geraten in den Fokus von Umerziehungsmassnahmen, die uns Verhaltensänderungen aufzwingen. Verordnete Umbauten und Sanierungen erhöhen die Kosten für Mieterinnen und Mieter sowie für Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer.

Heute freiwillig, morgen Zwangsmassnahme: Der WWF empfiehlt schon jetzt teilweise eine Zimmertemperatur von ungemütlichen 15 Grad.



LEBENSQUALITÄT INFRAGE GESTELLT



Die Initianten wollen uns wieder in die Wohnverhältnisse des letzten Jahrhunderts schicken mit weniger Wohnfläche pro Person und mit weniger Wohnkomfort. Statt modernen und offenen Wohnküchen wird unter anderem wieder auf kleine Wohnungen mit Kochnischen gesetzt.

Quelle: Bundesamt für Statistik BFS; ab 2020 eigene Schätzung in Anlehnung an die BAFU-Studie «RessourcenEffizienz Schweiz REFF»

NEIN zu extremer Bevormundung

Die Grünen wollen uns vorschreiben, wie wir uns zu ernähren haben. Viele Lebensmittel sollen massiv verteuert werden. Das Ziel der Initianten: Fleisch, Fisch und Milchprodukte sollen grösstenteils von unserem Teller verschwinden. Denn diese Lebensmittel verbrauchen überdurchschnittlich viele Ressourcen in der Produktion. Betroffen sind auch Importwaren aus Amerika, Asien und Afrika (Zitrusfrüchte, Kaffee usw.). Die grüne Diktatur erzwingt eine radikale Umstellung unserer Speisekarte. Bereits heute empfehlen die Grünen Mehlwürmer und Heuschrecken als Alternative.



Auch Vegetarierinnen und Vegetarier sind betroffen: Importierte Früchte werden massiv teurer.



NEIN zur Schwächung des Schweizer Werkplatzes

Die erzwungene Reduktion des Energie- und Rohstoffverbrauchs um mehr als zwei Drittel hat weitreichende Konsequenzen für unseren Wirtschaftsstandort. Die linke Planwirtschaft führt zu neuen Produktionsvorschriften, Importverboten und Konsumbeschränkungen. So entstehen neue Handelshemmnisse, die wichtige Freihandelsabkommen infrage stellen. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet den Schweizer Markt weiter ab und zementiert die Hochpreisinsel auf Jahrzehnte hinaus. Hohe Kosten und bürokratische Auflagen schaden zudem der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovationskraft unserer Unternehmen. Die Initiative torpediert den Werkplatz Schweiz und gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.

JA zu Ressourceneffizienz – NEIN zur Initiative

Ressourceneffizienz bleibt auch ohne Volksinitiative eine hohe Priorität der Unternehmen. Bereits heute sind sie weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Unser Land belegt in internationalen Nachhaltigkeitsrankings regelmässig Spitzenplätze und erreicht als Recycling-Musterschülerin mit einem privatwirtschaftlichen System Quoten, von denen die EU oder die USA nur träumen können. Dieser Weg der Eigenverantwortung, des steten technologischen Fortschritts und der Innovation muss erfolgreich weiterverfolgt werden. Regulierungswahn und Planwirtschaft münden in die Sackgasse.

Breite Allianz sagt NEIN

Bundesrat und Parlament

Landwirtschaft

BDP

Hauseigentümer

CVP

Automobilisten

FDP

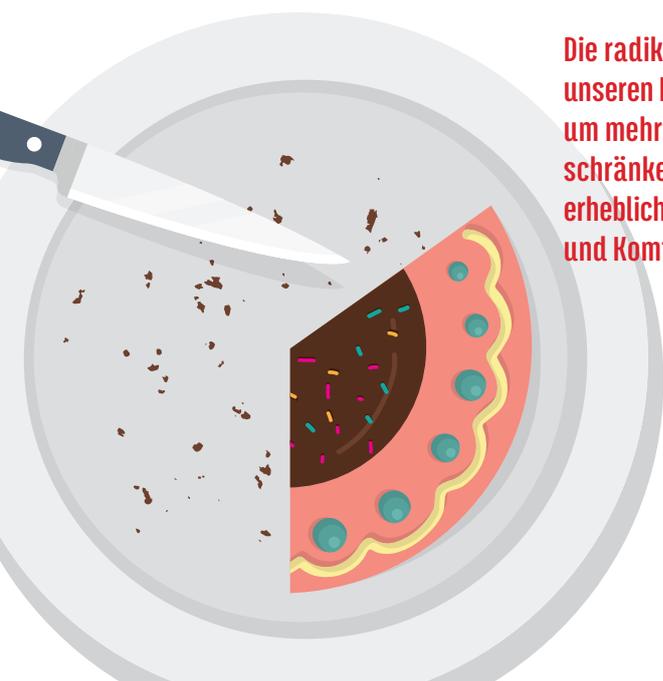
Hotels und Restaurants

SVP

Freizeitveranstalter

Wirtschaft und Gewerbe

Konsumentenforum



Die radikale Initiative zwingt uns alle, unseren Energie- und Rohstoffverbrauch um mehr als **ZWEI DRITTEL** einzuschränken. Das geht nicht ohne einen erheblichen Verlust an Lebensqualität und Komfort.



DIANA GUTJAHR
Mitinhaberin
Ernst Fischer AG

« Wenn die Produktion ins Ausland verlagert wird, nützt das der Umwelt nichts. Die Initiative ist ein Eigen-goal für Unternehmen und Umwelt. »

Impressum

Überparteiliches Komitee
«NEIN zum grünen Zwang»
Postfach, 3001 Bern
team@gruener-zwang.ch

HELFEN SIE MIT, DIE GRÜNE BEVORMUNDUNG ZU STOPPEN! TRAGEN SIE SICH EIN:

WWW.GRUENER-ZWANG.CH